

## **Polizeieinsatz gegen Rechtsextreme in Wrocław**

### **Bericht zur Eröffnungsveranstaltung der FES-Ausstellung „Leitbild Lassalle. Sozialdemokratie in Polen und Deutschland“**

Im Mai 2013 konnte die SPD ihr 150jähriges Jubiläum feiern. Nur wenige Monate zuvor, im November 2012 ist die Polnische Sozialistische Partei (PPS) 120 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass erstellte das Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung im Frühjahr 2013 eine polnischsprachige Ausstellung unter dem Titel: „Leitbild Lassalle. Sozialdemokratie in Polen und Deutschland“, die am 22. Juni 2013 in Breslau, der Geburtsstadt Ferdinand Lassalles, eröffnet wurde.

Um jedoch nicht nur an vergangene Zeiten zu erinnern, sondern zugleich auch in die Zukunft zu blicken, organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Breslauer Ferdinand-Lassalle-Zentrum und der Universität Wrocław vor der Ausstellungseröffnung eine etwa zweistündige Podiumsdiskussion mit Zygmunt Bauman. Unter dem Titel „Sozialdemokratische Dilemmata. Von Lassalle zur flüchtigen Moderne“ reflektierte der renommierte britisch-polnische Soziologe vor etwa 500 Zuhörern den Weg, den die deutsche und die europäische Sozialdemokratie seit ihrer Gründung zurückgelegt haben, um anschließend einige Überlegungen zur Gegenwart und Zukunft der Sozialen Demokratie anzustellen.

Überschattet wurde der Beginn der Veranstaltung von einem Polizeieinsatz, der nötig wurde, da etwa 80 Rechtsradikale den Ablauf der Veranstaltung durch das Skandieren rechtsextremer, antisemitischer und antikommunistischer Parolen zu verhindern suchten. Da die radikale Rechte die Proteste im Vorfeld bereits angekündigt hatte, waren die Einsatzkräfte gut vorbereitet und stellten die Ordnung schnell wieder her. Die Randalierer wurden des Platzes verwiesen, 15 mutmaßliche Anführer der Gruppe wurden zudem wegen Hausfriedensbruchs verhaftet.

In den folgenden Tagen entspann sich daraufhin eine landesweite und in diesem Ausmaß zuvor nicht dagewesene mediale Debatte zu der Frage des Umgangs mit Rechtsextremisten im öffentlichen Raum, zu der selbst der Innenminister sowie Regierungschef Donald Tusk Stellung bezogen. Die polnische Bildungsministerin entschuldigte sich zudem schriftlich bei Zygmunt Bauman für den Vorfall an einer der renommiertesten polnischen Universitäten. In allen Stellungnahmen versicherten die Politiker, in Zukunft entschlossen gegen alle Anzeichen von Rechtsextremismus und Antisemitismus in Polen vorgehen zu wollen. **Knut Dethlefsen (FES-Warschau)**